

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in der türkischen Presse**
- **Die Ergebnisse der „Armenier-Konferenz“ und die Vorkommnisse um Hrant Dink**
- **Aus der Mutterlandspartei (ANAP) wurde ANAVATAN – Rückkehr als Fraktion in das türkische Parlament**
- **Info-Mail**

Das Bild der designierten Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in der türkischen Presse

Auch wenn einige türkische Medien Wochen vor und auch kurz nach der Bundestagswahl und keinen Hehl aus ihrer Präferenz für den Wahlausgang in Deutschland und der personellen Besetzung des Bundeskanzleramtes gemacht hatten, kehrten die Medienvertreter nach wenigen Wochen sehr schnell wieder zur Tagespolitik zurück. Über die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wird nach der Wahl viel positiver berichtet, von Schröder haben sich die Journalisten im Sinne guter Realpolitik schnell verabschiedet.

Die Medien scheinen sich nun mit der Vorstellung arrangiert zu haben, dass die nächste Kanzlerin hinsichtlich der EU-Ambitionen der Türkei eine Privilegierte Partnerschaft bevorzugt. Vielleicht haben die Journalisten aber auch verstanden, dass die **Türkeifrage** lange nicht den Stellenwert im deutschen Wahlkampf einnahm, wie es in der türkischen Berichterstattung allgemein unterstellt wurde. Das Bild von Frau Merkel wird plötzlich als warmherzig gezeichnet, nur weil sie in einem Telefongespräch mit Ministerpräsidenten

Erdoğan anklingen lies, dass sie den Weg der Türkei in die EU freundschaftlich begleiten wolle. Der Austausch von Freundlichkeiten zwischen beiden Politikern, wie es zumindest in den türkischen Medien transportiert wurde, hat einen Großteil der Kritiker und Schwarzmalen in der Türkei erst einmal verstummen lassen. Türkische Kommentatoren und Meinungsmacher berichten nun über die großen politischen Herausforderungen Deutschlands und stellen dabei die Frage, wie eine Bundeskanzlerin Angela Merkel diese wichtigen Sachfragen erfolgreich bewältigen werde.

In einigen Zeitungen wurden ausführliche Porträts von Frau Merkel veröffentlicht, wie in der liberalen Tageszeitung Radikal vom 17. Oktober unter dem Titel *„Deutschland hat sich vereinigt und Frau Merkel wurde geboren“*. Der Werdegang von Frau Merkel wird darin sehr ausführlich beschrieben und es wäre zu wünschen gewesen, dass solch ein sachkundiger und gut recherchierter Artikel nicht nur in einem Blatt mit einer täglichen Auflage von 60.000, sondern auch von einem der Massenblättern veröffentlicht worden wäre.

Der Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei als Ergebnis des 03. Oktobers führte zu einer spürbaren Erleichterung im Lande und die faire Berichterstattung über Frau Merkel ist auch ein Ergebnis dieses Prozesses. Seit dem 03. Oktober wird über den Wahlausgang in Deutschland und die Koalitionsverhandlungen nur noch am Rande berichtet, als ob es gar keine Wahl gegeben hätte.

Die Ergebnisse der „Armenier-Konferenz“ und die Vorkommnisse um Hrant Dink

Trotz vieler Querelen, veröffentlichter Dolchstoßlegenden und Gerichtsurteilen fand vom 23.-25. September 2005 die umstrittene **Armenier-Konferenz** in Istanbul statt. 300 türkische Historiker, Soziologen und Journalisten aus dem In- und Ausland kamen zusammen, um über die Ereignisse von damals und die Konsequenzen für heute zu diskutieren. Wenige Tage zuvor hatte ein Istanbuler Gericht per Eilantrag noch versucht, die Veranstaltung zu verbieten. Dies schlug fehl, weil die Veranstalter mit der Bilgi-Universität eine Lokalität fanden, für die dieses Verbot nicht galt. Die Durchführung dieser Konferenz bedeutet für die Türkei zwar einen **Tabubruch**, aber diese Entwicklung war absehbar.

In der Türkei wurde seit Anfang dieses Jahres sehr offen und umfangreich in den Medien und in der Öffentlichkeit über die „**Armenierfrage**“ diskutiert. Die Zahl derjenigen, die an der offiziellen Geschichtsschreibung unbeirrt festhalten, nimmt ab. Immer mehr Medienvertreter erkennen an, dass es Vorfälle gab, die nicht im Einklang mit der offiziellen Geschichtsschreibung stehen.

Die türkische Regierung hat sich offen für die Durchführung dieser Veranstaltung eingesetzt. Noch im Mai 2005 wurde die Konferenz kurzfristig von den Veranstaltern abgesagt, da insbesondere der Justizminister und Regierungssprecher Cemil Çiçek sich gegen diese Veranstaltung stark gemacht hatte. Ministerpräsident Erdoğan bedauerte dies zwar seinerzeit, aber seine Intervention kam zu spät. Nun stärkten sowohl der Ministerpräsident als auch Außenminister Abdullah Gül rechtzeitig vor der Konferenz den Veranstaltern den Rücken. Beide kritisierten öffentlich das richterliche Verbot. Die offene Unterstützung eines zivilgesellschaftlichen Engagements staatlicher

und privater Hochschulen durch die führenden Politiker des Landes ist in der Türkei ein einmaliger Vorgang. Zumal der Inhalt der Konferenz konträr zur offiziellen Geschichtsschreibung und teilweise auch zur Staatsdoktrin stand. Natürlich ging es hierbei auch um die Freiheit der Wissenschaft. Darüber hinaus wäre kurz vor dem 03. Oktober und dem Beginn möglicher EU-Beitrittsverhandlungen ein Verbot oder auch eine erneute Verschiebung der Konferenz sicherlich kontraproduktiv gewesen.

Die Referate und Beiträge der zweitägigen Konferenz beinhalteten keineswegs die von den Kritikern befürchteten Tiraden gegen die Unmenschlichkeit der Vorkommnisse. Sie waren ausgewogen, ideologisch unverbrämt und das Wort **Genozid** fiel seltener als erwartet. Stellenweise wurde sogar die Haltung von Teilen der armenischen Diaspora stark kritisiert, da diese in der Anerkennung des „**Genozids an den Armeniern**“ durch die Türkei ihren einzigen und eigentlichen Existenzgrund sehe, so der Vorwurf, würde darüber hinaus alles andere vernachlässigt, so auch Aspekte einer Aussöhnung. Ferner erklärten auch einige Teilnehmer, dass so eine offene Veranstaltung in Armenien nicht durchführbar gewesen wäre.

Die Konferenz hat keine weiteren Diskussionen nach sich gezogen. Nur wenige protestierten vor dem Veranstaltungssaal und traktierten die Teilnehmer mit faulen Eiern und Tomaten. Die Veranstaltung der drei Universitäten ist eine wichtige Etappe auf dem Weg der Türkei ein anderes und offeneres Geschichtsverständnis zu finden. Eine zweite Konferenz über die **Armenierfrage und Armenien** will die Universität Istanbul im kommenden Jahr durchführen. Auf dieser Veranstaltung sollen dann weitergehende Aspekte betrachtet und auch ausländische Referenten eingeladen werden.

Durch die neusten Entwicklungen ermutigt, melden sich auch immer mehr in der Türkei lebende Armenier zu Wort. Einer von ihnen ist Hrant Dink, der Herausgeber und Chefredakteur der armenischen Wochenzeitschrift AGOS, die auf türkisch und armenisch in Istanbul erscheint. Dink ist nun in die Diskussion geraten, weil er von einem Istanbuler Gericht aufgrund der Straftatbestände der „Ehrenbeleidigung und geringschätzigen Behandlung des Türkentums“ zu sechs Monaten Haft verurteilt wurde.

Er hatte im vergangenen Jahr in einer Artikelserie zu erläutern versucht, in welchem Zusammenhang die türkische und armenische Identität zueinander stünden. Er schrieb u. a. folgenden Satz, auf dem im Wesentlichen die Anklage beruht: *„Der Pfad der Befreiung der armenischen Identität vom ‚türkischen‘ ist ganz einfach: man beschäftige sich nicht mit dem ‚türkischen‘...Für das Finden einer neu definierten armenischen Identität sind die Rahmenbedingungen bereits gegeben: Man beschäftige sich nun mit Armenien! Das vergiftete Blut des Armeniers muss sich vom ‚türkischen‘ Bestandteil entleeren und an dessen Stelle muss reines Blut treten. Dieses ist existent in der Hauptader der Beziehung des Armeniers zu Armenien, die es gilt aufzubauen“.*

Das Gericht verurteilte ihn zu sechsmonatiger Haft, obwohl drei vom Gericht beauftragte Gutachter zum Ergebnis kamen, dass Dink weder bei diesem Zitat noch den anderen Texten gegen Straftatbestände verstoßen habe. Das Verfahren ist mittlerweile beim Revisionsgericht in Ankara anhängig. Auch wenn gegen Orhan Pamuk und Hrant Dink wirklich niemand ernsthaft eine Verurteilung erwartet, so sind solche Verfahren sicherlich nicht hilfreich für den türkischen EU-Verhandlungsprozess.

Aus der Mutterlandspartei (ANAP) wurde ANAVATAN – Rückkehr als Fraktion ins türkische Parlament

„Wir haben uns erneuert, jetzt ist die Türkei an der Reihe“, so die Worte des sichtlich erleichterten und überglücklichen ANAVATAN-Vorsitzenden Erkan Mumcu, nach dem Übertritt zweier Abgeordneter zur Mutterlandspartei. Mittlerweile ist mit Hasan Özyer ein weiterer Abgeordneter der ANAVATAN beigetreten, so dass die Partei nun auf 22 Abgeordnete kommt. Dies ist mehr als numerische Symbolik, da Parteien ab 20 Mandate im türkischen Parlament eine Fraktion gründen können. Mit dem Fraktionsstatus kann die Partei nun Vertreter in die 16 Parlamentsausschüsse und in das Parlamentspräsidium entsenden. Ferner steht ANAVATAN bei den Parlamentssitzungen nun auch Redezeit zu. Dies ist bisweilen öffentlichkeitswirksamer als Pressegespräche, was schon am Medieninteresse an der ersten Fraktionssitzung am 19. Oktober 2005 gesehen werden konnte. Diese stand unter der Aussage Mumcus: *„22 Jahre, nachdem wir alleinig als Regierung ins Parlament einzogen, kommen wir nun als bescheidene Fraktion zurück“.* Medienwirksam wetterte er sogleich gegen die beiden „großen“ Parteien AKP und CHP. **Nationale Mitte** und **konstruktive Opposition** will ANAVATAN sein, so Mumcu und *„diejenigen, die mit linker oder rechter Politik polarisieren, sind Gefangene ihrer eigenen Politik und können nicht die Türkei in die Arme nehmen. Ein Mensch kann sowohl gläubig als auch laizistisch sein“.*

Drei Jahre nach dem 3. November 2002, als die Mutterlandspartei die vielleicht größte politische Niederlage ihrer Geschichte einstecken musste, kehrt sie wieder auf die politische Bühne zurück. Das damalige Wahlergebnis von ca. 5% der Stimmen war ein politisches Waterloo für die Partei, die bis dahin als Juniorpartner an der Regierung Ecevit beteiligt war. Nach ihrer Gründung durch Turgut Özal, mit dem sie in den Achtzigern und Anfang der neunziger Jahre sowohl den Premier als auch später den Staatspräsidenten stellen konnte, war sie zum ersten Mal seit 20 Jahren nicht mehr im türkischen Parlament vertreten. Zwar war ANAVATAN in den neunziger Jahren an mehreren Regierungen beteiligt und Mesut Yilmaz war sogar zwei Mal Ministerpräsident, doch der Stimmenverlust wurde mit jeder Wahl bis zum 03. November 2002 immer größer.

Diese Niederlage eröffnete aber auch Chancen für einen Neuanfang. Ein Großteil der alt gedienten Führungsriege der ANAP um Mesut Yilmaz trat zurück. Da die Wahlschlappe für die ANAP aber überraschend kam und potentielle Führungspersonlichkeiten, wie Erkan Mumcu, die Partei schon verlassen hatte, blieb die Partei zunächst führungslos.

Der ANAP fehlte es damals aber nicht nur an politischem Nachwuchs, sondern auch finanziell war die Partei am Ende. Durch das schlechte Wahlergebnis erhielt sie auch keine staatlichen Zuschüsse mehr. Mit dem Austritt Erkan Mumcus aus der AKP, seinem „Wiedereintritt“ in die ANAP Anfang des Jahres und insbesondere mit seiner Wahl zum Vorsitzenden begann jedoch eine Konsolidierungsphase der Partei. Parteienwechsel sind in der politischen Kultur des Landes nicht ungewöhnlich und der Wähler findet solche Entscheidungen bisweilen auch nicht unmoralisch, da sich für ihn so neue politische Alternativen ergeben.

Langsam wächst jedoch die Kritik an dem „Parteienwechselspiel“ in der Türkei. Die AKP hat mit der oppositionellen CHP nicht ganz uneigennützig vor fünf Monaten das

Parteiengesetz in einem sehr wichtigen Punkt geändert. Der Passus, dass auch Parteien in den Genuss der staatlichen Parteienförderung kommen können, die während einer Legislaturperiode durch Übertritte auf drei oder mehr Abgeordnete im Parlament aufweisen können, wurde ersatzlos gestrichen. Bisher erhielten solche Parteien beachtliche staatliche Zuschüsse. Dies motivierte Parlamentarier mit Wechselabsichten zusätzlich. Staatliche Parteienförderung orientiert sich künftig nur am Wahlergebnis. Wie bisher werden Parteien, die mindestens 7% der Wählerstimmen erhalten, staatlich gefördert. Die Finanzierung durch den Staat steht in der Türkei jedoch sehr in der Kritik und auch hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie scheint die Zeit reif für Reformen (Die Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet gerade zu diesen Themen am 28.10. 2005 eine internationale Fachtagung).

Die ANAP hätte mit der alten Regelung ihre Parteifinancen erheblich verbessern können. Aber auch ohne die staatliche Finanzspritze scheint die neue ANAVATAN mit Erkan Mumcu an der Spitze nicht zahlungsunfähig zu sein. Die Parteizentrale wurde weitläufig umgebaut und renoviert. Das Parteilogo wurde farblich erneuert und auch personalpolitisch gab es wichtige Veränderungen. Im neuen Parteivorstand ist der 42-jährige Mumcu zwar umgeben von bekannten ANAVATAN-Politikern der letzten Dekade, aber auch von unbekannten jungen und motivierten Leuten. Die Studentin Elif Yazar ist mit 21 Jahren die Jüngste im Vorstand. Dies muss als Versuch Mumcus gewertet werden, die Jugend wieder verstärkt für seine Partei zu gewinnen. Früher standen der ANAP mehrere Jugendorganisationen, wie die heute noch bekannte NRO „ARI-Hareketi“ sehr nahe, aus der immer politischer Nachwuchs rekrutiert werden konnte.

Aber auch politisch hat Mumcu angekündigt, neue Wege gehen zu wollen. Die Partei will bald einen außerordentlichen Parteitag einberufen. Dann sollen einschneidende Änderungen in der Parteisatzung verabschiedet werden. Es ist u.a. eine Frauenquote geplant. Ferner soll die Transparenz der Partei erhöht werden und der Parteivorsitzende darf nur noch für maximal zwei Legislaturperioden gewählt werden.

Einige politische Beobachter glauben, dass die ANAVATAN künftig wieder eine wichtige Rolle in der türkischen Politik spielen könnte. Die Partei hat eine große Vergangenheit, stand lange Jahre für Erneuerung und hat scheinbar auch wieder eine Führungspersönlichkeit. ANAVATAN könne, so die Meinung einiger Medienvertreter, sich zu einer Alternative zur AKP entwickeln. Vor dem Hintergrund der großen Wählerwanderungen in der Türkei scheint eine solche Entwicklung nicht unmöglich. Die Partei ist zudem z. Zt. deutlich im Aufwind und geplante Änderungen im türkischen Wahlrecht und in der Parteiengesetzgebung könnten zusätzliche Energie frei setzen.

Ob Erkan Mumcu aber wirklich eine politische Trendwende schaffen kann, hängt auch von Entwicklungen außerhalb des Einflussbereiches der Partei ab. Die Opposition wird nur dann in der Wählergunst erheblich zulegen können, wenn die Regierung Erdoğan schwere Fehler begehen sollte. Danach sieht es momentan aber nicht aus. In Umfragen erzielt sie über 60% der Zustimmung durch die Wähler.

Zudem muss Mumcu nun auch glaubwürdig die von ihm genannten Reformvorhaben in seiner Partei durchsetzen. Im 50-köpfigen Parteivorstand sitzen momentan gerade einmal vier Frauen. Die 22 Abgeordneten der **neuen** ANAVATAN kommen zudem aus verschiedenen politischen Lagern, was die Tageszeitung Milliyet mit „ANAP-Koalition“

betitelte (4 ANAP, 5 AKP, 8 CHP, 2 RP, 1 DSP, 1 MHP und 1 Unabhängig). Es stellt sich daher die Frage, ob die Partei nur eine übergangsweise Heimat für enttäuschte Politiker anderer Parteien darstellt. Ziel von ANAVATAN muss es sein, bei der kommenden Parlamentswahl in zwei Jahren deutlich über die 10%-Hürde zu kommen. Erst wenn dies gelingt, kann von einer erfolgreichen Rückkehr der Mutterlandspartei in die türkische Politik gesprochen werden.

Info-Mail

Nach weiteren Parteiaus- und Übertritten gestaltet sich die aktuelle Sitzverteilung in der Großen Türkischen Nationalversammlung zum 26. Oktober 2005 wie folgt: AKP 355 Sitze, CHP 154 Sitze, ANAVATAN 22 Sitze, Unabhängige 6 Sitze, DYP und SHP jeweils 4 Sitze und HYP 1 Sitz. Vier Mandate des 550-köpfigen Parlaments sind unbesetzt. +++ Spanische Experten legten nun einen ersten Bericht über die **türkische Polizei** vor. Vor einem Jahr begann das Twinningprojekt und erste wichtige Ergebnisse liegen vor. Demnach beruhe ein Großteil der Beschwerden bezüglich der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei auf der Tatsache, dass in der Untersuchungshaft die Personen nicht ausreichend über ihre Rechte aufgeklärt würden. Zwischen Polizei und der Bevölkerung gebe es zu wenige Berührungspunkte, warum eine Reihe von Aktivitäten mit integrativem Charakter geplant werden müssten. Die generelle Mentalität der Polizeibeamten müsse verändert werden. Künftig müsse im Mittelpunkt der Dienstleistungscharakter und die Menschenrechte stehen und der Beamte gute und intensive Beziehungen zum Bürger aufbauen. Zudem seien die Beamten überarbeitet, es fehle an Auszeichnungen und die Bezahlung sei ungenügend. +++ Eine repräsentative Umfrage unter 1002 Befragten des privaten Meinungsforschungsinstituts KONSENSUS zur EU-Haltung der türkischen Bürger zeigt starke Veränderungen in der EU-Wahrnehmung. Während nach wie vor 66,5% der Befragten eine EU-Mitgliedschaft befürworteten, glauben 44,9% nicht daran, dass die Mitgliedschaft auch eine Vollmitgliedschaft sein wird. Daran glauben nur 39,6%. Auf die Frage, was verbinden Sie mit der EU, antworteten 67,3% kulturelle Vielfalt, 66,9% soziale Sicherheit, 66,7% ökonomischer Wohlstand und 64,5% Reisefreiheit. **Nur** 36,6% verbinden damit den Verlust der kulturellen Identität. 23,3% erwarten einen Geldverlust, 19,4% befürchten Arbeitslosigkeit und 17,6% geben an, Mitgliedschaft in einer christlichen Gemeinschaft. +++ Für positive Schlagzeilen sorgte ein Urteil der Staatsanwaltschaft von Ankara. Am 15. Juli dieses Jahres wurde von Homosexuellen ein Verein gegründet: **KAOS GL**. Der Verein verstoße gegen die guten Sitten, so das Gouverneursamt von Ankara und beantragte ein Vereinsverbot. Die Staatsanwaltschaft Ankara lehnte dies ab, da Homosexualität nicht mit Unmoral gleichzusetzen sei. Auch Lesben und Schwule dürften sich nach diesem Grundsatz organisieren. +++ Das türkische Gesundheitsministerium warnte vor erheblichen Konsequenzen des ausufernden Zigarettenkonsums in der Türkei. Wenn keine Vorkehrungen getroffen würden, müsse die Türkei in den nächsten 20 Jahren mit 550.000 Toten rechnen. In einer schriftlichen Erklärung wies das Ministerium darauf hin, dass pro Jahr in der Türkei 3 Milliarden Dollar für den Konsum von Tabakwaren ausgegeben würde. 55% aller starken Raucher würden zwischen dem 35. und 58. Lebensjahr an den Folgen ihres Konsums sterben. +++ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat jetzt die Ergebnisse einer Untersuchung unter 30 Staaten veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Untersuchung stand das Steueraufkommen in diesen Ländern für die Jahre 1965-2003. Demnach liegt das durchschnittliche Pro-Kopf Steueraufkommen aller untersuchten OECD-Staaten im Jahr 2003 bei 9.822 USD. Die

Türkei liegt mit 1.111 USD Pro-Kopf Steueraufkommen für das gleiche Jahr an letzter Stelle. Als Gründe dieses Ergebnisses werden von türkischer Seite die Höhe des Nationaleinkommens und insbesondere die Schwarzarbeit angegeben. +++ Wie im Juli dieses Jahres berichtet, wurde die AKP von dem türkischen Kassationsgerichtshofes aufgefordert, in acht Punkten ihre Parteisatzung abzuändern, da diese Paragraphen gegen allgemeines Gesetz und innerparteiliche Demokratie verstoßen würden. Es handelt sich dabei u.a. um das Vorschlagsrecht des Parteivorsitzenden für Abgeordneten kandidaten. Die AKP hat nun schriftlich auf diesen richterlichen Hinweis geantwortet. In allen acht Punkten könne sie keinen Verstoß gegen geltendes Gesetz erkennen. Auch andere Parteien hätten ähnliche Regelungen und diese wären nicht beanstandet worden. Der Kassationsgerichtshof kann nach Einsicht der schriftlichen Antwort nun das türkische Verfassungsgericht anrufen. Sollte es soweit kommen, dass sich das Verfassungsgericht mit diesem Thema befasst und entscheidet, dass die Satzung gegen geltendes Recht verstößt, dann muss die Partei innerhalb von sechs Monaten die notwendigen Änderungen vornehmen. Sollte sie dies nicht tun, eröffnet das Parteiengesetz Maßnahmen, wie die Einstellung der staatlichen Parteienfinanzierung oder Strafanträge gegen Verantwortliche der Partei. +++ Annähernd fünf Monate sind vergangen seit der Einführung der neuen Strafvollzugs- und Strafprozessordnung und die ersten Ergebnisse liegen mittlerweile vor. In vielen Punkten sollten diese beiden wichtigen Reformen Verbesserungen bringen, jedoch scheint sich der Justizapparat in der Türkei noch schwer zu tun mit der Implementierung. So ist nun die Möglichkeit des Kreuzverhörs vor Gericht gegeben, die Anwälte bevorzugen aber scheinbar nach wie vor die Verhörmethode durch den Richter. Ferner suchten nur wenige bei kleineren Vergehen den außergerichtlichen Vergleich. Der Vorsitzende des türkischen Verbandes der Anwaltskammern Özkok kritisiert zu recht, dass es nicht ausreiche, nur Gesetze zu ändern, wenn nicht gleichzeitig ein Mentalitätswandel damit einhergehe. Darüber hinaus scheitern einige Neuerungen aber auch an der fehlenden Infrastruktur. Straftaten, die eine Strafe bis zu drei Jahren nach sich ziehen, sollten nun verstärkt auf Bewährung ausgesetzt werden. Die Richter möchten dies zwar tun, doch seien noch keine Institutionen geschaffen worden, die Häftlinge auf Bewährung beobachten und auf Einhaltung der Bewährungsaufgaben hin kontrollieren könnten. Zudem fehle es nach wie vor an der technischen Ausstattung in den Gerichtssälen. Für Zeugenschutzprogramme fehle es nach wie vor an der notwendigen Infrastruktur. ++++ Nach einem Bericht von Transparency International nimmt die Türkei Platz 65 von 159 der am wenigsten korrupten Staaten ein. Auf einer Pressekonferenz stellte der Vorsitzende des Vereins Erciş Kurtuluş die Ergebnisse des Berichts vor. Die Türkei sei von Platz 77 der beiden letzten Jahre acht Plätze aufgestiegen. Ein Grund für diese Verbesserung, so Kurtuluş, sei die Ankündigung der Regierung mit Gesetzen zur **Ethik der Verwaltung** und dem **Recht des Bürgers auf Information** der Korruption im Land entgegenzutreten. Ferner haben die Behörden es verstanden, sehr wirkungsvoll gegen die Korruption **auf höchster Ebene** vorzugehen. Und dies habe auch das Bild der Türkei im Ausland verbessert. Kurtuluş wies aber auch darauf hin, dass der Kampf gegen Korruption nach einer merklichen Verlangsamung wegen des EU-Prozesses wieder verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden müsse. +++

Ankara, den 27. Juli 2005

Frank Spengler